

Beantwortung der Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.) durch Volt Europa

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Frage 1:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein **Coming-out** deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>). In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema, https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown, https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen, https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Unterstützung für Coming-outs kann insbesondere durch ein gesellschaftliches Klima, in dem das Thema sexuelle Vielfalt offen angesprochen, akzeptiert und unterstützt wird, geschaffen werden. Umgekehrt fördern natürlich mehr Vorbilder dieses Klima. Um ganz konkret das Coming-Out von Vorbildern wie Politiker_innen oder Lehrer_innen zu fördern, braucht es ein solches Klima auch in kleineren Räumen, wie innerhalb von Parteien oder Kollegien an Schulen. Bifeindliche Stereotypen sind nicht nur unter Heterosexuellen verbreitet. Auch innerhalb der LSBTI*-Community treten solche Stereotypen auf und Bisexuelle fühlen sich einem besonderen Druck ausgesetzt, ohne dass deren sexuelle Orientierung wirklich ernst genommen wird. Auch innerhalb der Community wollen wir vermehrt Projekte zur Aufklärung und Akzeptanz über Bisexualität anstoßen.

Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt?

In unserer Bewegung gibt es zahlreiche geoutete bisexuelle Politiker_innen, Mitglieder und Volunteers.

Frage 2:

Auch **Teenager**, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Beantwortung der Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.) durch Volt Europa

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%, <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung bisexueller Jugendlicher einsetzen?

Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Für Jugendliche ist die Schule einer der Orte, an denen sie am meisten Zeit verbringen. Daher ist es besonders wichtig, dass sie dort Unterstützung erfahren, über das Thema sexuelle Vielfalt gesprochen wird und bei Diskriminierung oder Mobbing von Schüler_innen auf Grund ihrer Sexualität Lehrer_innen reagieren und sich Diskriminierung und Mobbing entgegen stellen. Auch außerhalb der Schule sollte es Unterstützungsmöglichkeiten für Jugendliche geben, bspw. durch Beratungsangebote. Dazu müssen Jugendliche jedoch wissen, dass diese Angebote existieren und sie diese annehmen können. Dabei kann auch eine Zusammenarbeit von Schule mit Beratungseinrichtungen helfen, ebenso wie Lehrer_innen, die mit dem Thema vertraut sind und die Schüler_innen unterstützen können. Auch die Förderung und Ausbildung von weiteren Multiplikator_innen zu dem Thema sexuelle Vielfalt in anderen Bereichen des Lebens der Jugendlichen kann sinnvoll sein, bspw. Workshops/ Weiterbildungen für Sporttrainer_innen, Leiter_innen von Jugendräumen etc. Für jede Maßnahme mit Coming-Outs gefördert und Diskriminierung bekämpft werden soll, braucht es individuelle Finanzierungspläne. Klar ist jedoch, dass für mehr Maßnahmen, wie Beratungsangebote, eben auch mehr Investitionen braucht.

Frage 3:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr **Aufklärung** über Bisexualität **in der Schule** (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf). Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang komplett verschwiegen.

In Hamburg gibt es seit 2017 den „Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (<https://www.hamburg.de/zusammenhalt/10021120/akzeptanz-vielfalt/>).

Beantwortung der Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.) durch Volt Europa

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Wir wollen Bildungsprogramme und Lehrpläne reformieren, sodass die Schüler_innen aktiv in Toleranz, interkulturellem Dialog, bürgerschaftlichem Engagement und der Überwindung von Vorurteilen nicht nur geschult werden, sondern diese auch vorgelebt bekommen. Hierbei priorisieren wir Kurse zur Gleichstellung der Geschlechter, zur Überwindung von Geschlechterstereotypen und -diskriminierung sowie zur Aufklärung über alle Themen der sexuellen Vielfalt und verschiedenste Beziehungsmodelle. Diese Kurse sollen deutlich mehr beinhalten und deutlich inklusiver gestaltet werden als der klassische "Aufklärungsunterricht", der bisher in Schulen stattfindet.

Frage 4:

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „**Besorgte Eltern**“, die sich gegen Sexualaufklärung aussprechen

(<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexualaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tore für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten und gefährlichen Kräften wie den „Besorgten Eltern“ oder der „Demo für alle“?

Gerade Schulen sollten sich in dieser Hinsicht nicht durch Eltern unter Druck setzen lassen und zulassen, dass Einfluss auf Unterrichtsinhalte genommen wird. Hier erscheint es sinnvoll, dass die Schulen auch den Eltern gegenüber offen mit dem Thema sexuelle Vielfalt umgehen und sich klar positionieren. Zusätzlich sollte das Thema sexuelle Vielfalt auch in den Lehrplänen gestärkt werden, da dieses zumeist wenig Beachtung bekommt oder gänzlich ignoriert wird.

Frage 5:

Beantwortung der Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.) durch Volt Europa

Mangelnde **Sichtbarkeit** ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema (http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ ein **Initiative zu bisexueller Sichtbarkeit**:

https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html, https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.

a) Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Hamburg vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Das Hissen der Flagge in Hamburg würden wir natürlich befürworten, genau wie in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus könnte ein Gespräch z-B. der Senator_in für Soziales mit der Bi-Community organisiert werden. Ziel ist es, auf die häufig wenig beachteten speziellen Herausforderungen von Bi-Personen aufmerksam zu machen und die Sichtbarkeit sowie die Beachtung auch innerhalb der LSBTI* Community zu festigen.

b) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bi-Flagge am Rathaus oder einer Behörde gehisst wird? Welche?

Gerade an Tagen, die über eine große Bedeutung und Strahlkraft verfügen wie bspw. am 23. September (Bi-Visibility-Day), hat es große (symbolische) Wirkung, wenn die Bi-Flagge gehisst wird. Dies sollte gemeinsam mit einer öffentlichen Kampagne zur Aufklärung über Bisexualität erfolgen.

c) Werden Sie in Ihren Veröffentlichungen und Reden über LSBTI* auch Bisexuelle mit nennen?

Gerade Sprache sollte die in unserer Gesellschaft existierende Vielfalt abbilden, daher wollen wir auch Bisexuelle mitnennen.

Frage 6:

In Australien hat eine Senatorin eine **Rede zum Tag der Bisexualität** (23.9.) gehalten (<https://www.bicommunitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>), aber auch im Hamburger Rathaus gab es schon Veranstaltungen zum Thema Bisexualität (<https://www.facebook.com/BiFriendsHH/posts/480295929021789>).

Dieses Jahr ist nicht nur das Jubiläum „40 Jahre CSD Hamburg“, sondern auch „50 Jahre CSD weltweit“ (1969 war Stonewall, aber 1970 der erste CSD), und der erste CSD wurde von der „Mother

Beantwortung der Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.) durch Volt Europa

Of Pride“ Brenda Howard, einer bisexueller Aktivistin, organisiert (https://en.wikipedia.org/wiki/Brenda_Howard).

Werden Sie 2020 eine Rede und/oder einen Antrag zum Thema Bisexualität in die Hamburger Bürgerschaft einbringen?

Anträge und Reden insbesondere im Rahmen vom Bi-Visibility-Day oder der Prideweek sowie öffentliche Kampagnen zur Aufklärung über Bisexualität sind ein gutes Mittel um das Thema auf die politische Agenda zu setzen. Zunächst einmal hoffen wir, am kommenden Sonntag in die Hamburger Bürgerschaft einzuziehen und sind uns der enormen Herausforderung, die die 5% Hürde für uns als junge Partei darstellt bewusst. Daher haben wir zurzeit hierzu noch keine konkreten Reden oder Anträge vorbereitet. Wir freuen uns dennoch über Vorschläge und den Aufbau einer langfristigen Zusammenarbeit, unabhängig davon, ob Volt den Einzug in die Bürgerschaft schafft.

Frage 7:

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.

- https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html

Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Wir fordern grundsätzlich mehr und breitere gesellschaftliche Anerkennung für Studiengänge wie Gender Studies, hier sollten Lehre und Forschung auch hinsichtlich des Themas der Bisexualität angekurbelt werden. Zudem ist zu beobachten, dass eine Steigerung der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit und Akzeptanz oft zu mehr Aktivitäten in Forschung und Wissenschaft führt. Auch spezielle staatlich geförderte Forschungsprojekte zur Situation von Bisexuellen und deren Rolle in der Gesellschaft können die Forschung ankurbeln und sind zu begrüßen.

Beantwortung der Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.) durch Volt Europa

Als Partei begründen wir alle unsere politischen Forderungen nach ergiebiger Recherche auf wissenschaftlicher Evidenz, daher begrüßen wir eine deutliche Erweiterung der Forschung zum Thema Bisexualität.

Frage 8:

Auch in der Politik äußern sich **Politiker_innen LSBTI*-feindlich**

- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/quenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>,
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Grundsätzlich sollten solche Äußerungen von Politiker_innen, ebenso wie von jeder anderen Person, nicht toleriert und gebilligt werden. Solche Äußerungen sollten öffentlich verurteilt werden und es sollte eine Gegenpositionierung stattfinden. Zudem muss in solchen Fällen geprüft werden, wie die juristischen Mittel vollkommen ausgeschöpft werden können.

Frage 9:

Gewalt ist immer zu verachten, aber **Hasskriminalität** ist eine besonders zu verachtende Straftat.

- <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Gerade Social Media fordert unsere bisherigen Gesetze zum Thema Hassrede und Hetze heraus. Viele Äußerungen befinden sich in einem rechtlichen Graubereich und können nur schwer verfolgt werden. Das Löschen von Inhalten auf Social Media Plattformen ist ebenfalls alles andere als leicht. Hier braucht es eine Überarbeitung der Gesetze, insbesondere der Datenschutzgesetze, sowie eine Überarbeitung dessen, was als Hassrede oder Hetze verstanden wird. Nur so kann Strafverfolgung von Hassrede vereinfacht werden und Betroffenen geholfen werden.

Beantwortung der Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.) durch Volt Europa

Dies kann jedoch nur einer von vielen Schritten zur Bekämpfung von psychischer und physischer Gewalt gegenüber bisexuellen Menschen sein. Gewalt und Hasstaten, die aufgrund der Geschlechtsidentität oder der sexuellen Orientierung der Opfer verübt wurden, sollen strenger geahndet werden. Um dies zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die genannten Vergehen erkannt werden, sollen Trainings- und Sensibilisierungsmaßnahmen für Polizist_innen, Richter_innen und andere Angestellte des öffentlichen Dienstes eingeführt werden.

Frage 10:

Beim **Blutspenden** werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter.

- https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824

Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Niemand sollte auf Grund der Sexualität pauschal von der Blutspende ausgeschlossen werden. Vielmehr sollten die Blutspenderegulungen überarbeitet werden und Menschen nach ihrem sexuellen Risikoverhalten befragt werden und dementsprechend entschieden werden. Da außerdem bereits heute alle Blutspenden auf sexuell übertragbare Krankheiten geprüft werden, stellen die aktuellen Einschränkungen für bi- und homosexuelle Männer eine ungerechtfertigte Diskriminierung da. Die Regelungen zur sexuellen Orientierung müssen ersatzlos abgeschafft werden.

Frage 11:

Das **Transsexuellengesetz** betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans*-Menschen berücksichtigt werden?

Beantwortung der Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.) durch Volt Europa

Das Transsexuellengesetz ist nach wie vor nicht angemessen und räumt Trans*-Menschen keine Selbstbestimmung ein. Die Verfahren zu Geschlechtsangleichenden Operationen oder zur Änderungen von Namen und Geschlecht im Pass sind unverhältnismäßig und müssen vereinfacht werden.

Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?

Gerade in einer Gesellschaft, in der Menschenrechte von bestimmten Gruppen immer wieder in Frage gestellt werden, braucht es einen ständigen Kampf für Menschenrechte. Unsere Gesetze müssen immer wieder geprüft werden. Eine entsprechende Umsetzung ist dringend notwendig.

Frage 12:

Auch heute werden noch **intersexuelle Kinder** ohne medizinischen Grund operiert oder wie manche sagen „**genitalverstümmelt**“:

<https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/sexualitaet/intersexualitaet/intersexualitaet-operation-en-100.html>

Wie wollen Sie diese Kinder in Zukunft schützen?

Es braucht unbedingt ein Verbot von geschlechts-“normalisierenden“ Operationen an intersexuellen Kindern. Kein Kind darf solchen medizinisch unnötigen Operationen ausgesetzt werden.

Frage 13:

Erkämpfte LSBTI*-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im **Grundgesetz, Artikel 3**

(<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>).

Werden Sie sich für die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 einsetzen und dafür stimmen?

Ja.

Frage 14:

Die Grünen haben ein Gutachten für ein **Regenbogenhaus** erstellt

(<https://www.farid-mueller.de/2019/12/zum-nachlesen-gutachten-zu-einem-regenbogenhaus-fuer-hamburg/>).

Beantwortung der Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.) durch Volt Europa

Nicht-Grüne: Unterstützen Sie dieses Projekt oder was planen Sie stattdessen?

Grundsätzlich befürworten wir Projekte, die der Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt dienen. Jedoch haben wir konkret zum Regenbogenhaus für Hamburg noch keine Position.

Zum Schluss noch zwei Fragen, die über das Thema Bisexualität hinausgehen:

Frage 15:

Immer wieder reden die Parteien davon, dass die AfD keine demokratische Partei sei. Dennoch scheinen sie der Partei alles durchgehen zu lassen – von zutiefst **menschenrechtsfeindlichen Äußerungen** (vgl. <https://taz.de/Urteil-zur-Wochenzeitung-Kontext/!5573132/>) bis hin zu **AFD-Denunziationsplattformen** zu Lehrer_innen (vgl. <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>). Während in Mecklenburg-Vorpommern jenes Portal nach wenigen Tagen verboten wurde, folgt der Schulsenator Ties Rabe (SPD) den Forderungen der AfD und reagiert unverhältnismäßig (vgl. <https://taz.de/Kommentar-Sticker-an-Ida-Ehre-Schule/!5579476/>).

Was werden Sie konkret gegen die menschenrechtlichen Aktionen der AfD unternehmen?

Diese Frage stellen wir uns als Mitglieder einer Bewegung, die gegründet wurde, um Nationalismus, Rassismus und Ausgrenzung zu bekämpfen, jeden Tag. Volt stellt sich nationalistischem, rassistischem und menschenverachtendem Gedankengut mit einem paneuropäischen politischen Ansatz für ein vereinigtes Europa entschieden entgegen. Konkret heißt das die beständige Auseinandersetzung, Aufzeigen der Grenzen, Demokratie leben und demonstrieren, nicht einschüchtern lassen sondern laut sein. Die politische Normalisierung der AfD, wie sie unlängst in Thüringen stattfand, verurteilen wir aufs Schärfste.

Wann und wie werden Sie dafür sorgen, dass das Denunziationsportal verboten wird? Oder warum lassen Sie solche Formen bestehen, die es zuletzt im Dritten Reich in Hamburg gegeben hat?

Beantwortung der Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.) durch Volt Europa

Basierend auf unseren Werten sind wir ganz klar für den Verbot eines Denunziationsportals, haben hierzu jedoch noch keine konkreten Forderungen erarbeitet.

Frage 16:

Der **Klimawandel** ist wissenschaftlicher Konsens (<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>). Und dennoch gibt es Parteien die dies ignorieren oder gar bestreiten. Insgesamt gibt es keine ausreichenden Schritte. Und die Bewegung „Fridays for future“ wird von vielen Politiker_innen belächelt, die Jugend nicht ernstgenommen.

Warum wird der Rat von Klimaforschenden nicht ernstgenommen?

Leider handelt es sich hierbei um einen Rat, den viele nicht hören wollen, da es das eigene Gesellschaftssystem in Frage stellen würde. Die Reaktion der Verdrängung oder gar das Lächerlich machen ist einfacher als die Auseinandersetzung mit den Ursachen der Erderwärmung und der Arbeit an Lösungsstrategien.

Da junge Menschen am längsten mit den Konsequenzen der jetzigen politischen Entscheidungen leben müssen, müssen die Forderungen von ihnen ernst genommen werden.

Wir unterstützen die Forderungen von Fridays for Future und genau wie die junge Bewegung FFF sehen wir die unbedingte Notwendigkeit international vorzugehen.

Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird.

Die EU und Deutschland haben sich in der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und dem Pariser Abkommen zur Bekämpfung des Klimawandels bekannt. Fortschritte wurden erreicht, jedoch ist Deutschland nach wie vor auf einem Entwicklungspfad, auf dem es seinen Beitrag zum Erreichen des 2°C- oder gar 1,5°C-Zieles nicht leistet. Die aktuelle Politik ist höchst unzureichend und ein schnelles Umsteuern erforderlich.

Volt befürwortet progressive und ambitionierte Politik auf der

Beantwortung der Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.) durch Volt Europa

europäischen, nationalen und lokalen Ebene. Volt möchte deshalb folgende Projekte vorantreiben: Eine ambitionierte Klimapolitik, eine erfolgreiche Energiewende und insbesondere in Hamburg eine schnelle Verkehrswende.

Mit einer auf wissenschaftlicher Evidenz basierenden Policy-Sammlung, die das Einhalten des 1,5 Grad Ziels ermöglicht, setzen wir uns nicht in Hamburg sondern in ganz Europa dafür ein, das Pariser Abkommen zu erfüllen. Diese Policy-Sammlung wurde in den letzten Monaten von Expert_Innen in ganz Europa ausgearbeitet und wird bei der nächsten Generalversammlung von Volt Europa zur Abstimmung gebracht.

Frage 17:

Was möchten Sie noch ergänzen?

Die Lage von Bisexuellen und der gesamten LSBTI* Community macht nicht an den Grenzen von Hamburg bzw. Deutschland Halt und erfordert internationale Solidarität. Angesichts der international angespannten Lage auch in einigen Mitgliedsländern der EU sehen wir - unserem paneuropäischen Ansatz folgend - auch die Politiker_innen aus Hamburg und ganz Deutschland in der Verantwortung, hier ihre Stimme für Menschenrechte zu erheben. Ein möglicher Akt der Solidarität ist die Unterstützung von CSDs und das öffentliche Auftreten dort z.B. in Hamburgs Partnerstädten durch Politiker_innen aus Hamburg. Entwicklungen wie das Ausweisen von LSBTI*-freien Zonen in Polen beobachten wir mit großer Sorge. Die anhaltende Blockade einer umfassenden Antidiskriminierungsrichtlinie der EU durch die Bundesregierung, die bereits 2009 vom EU-Parlament beschlossen wurde, erscheint unter diesem Gesichtspunkt umso verantwortungsloser. Wir möchten deshalb, dass Hamburg über den Bundesrat die Bundesregierung dazu auffordert, ihre Blockade aufzugeben.